

**Reglement über die Abfallentsorgung und deren Finanzierung (Abfallreglement)**

vom 31. August 1993

**Abfallreglement**

vom

Der Grosse Gemeinderat erlässt gestützt auf Art. 5 des Gemeindegesetzes vom 23. August 1979, Art. 5 des Grossratsbeschlusses über umweltgefährdende Stoffe und Anlagen vom 6. April 1989, Art. 24 und 25 des Einführungsgesetzes zum eidg. Gewässerschutzgesetz vom 2. Dezember 1973 als Reglement

Das Stadtparlament erlässt gestützt auf Art. 30 Umweltschutzgesetz, die Technische Verordnung über Abfälle, Art. 21 ff. Einführungsgesetz zum eidgenössischen Gewässerschutzgesetz, Art. 5 und Art. 99 Abs. 1 Bst. b Gemeindegesetz sowie Art. 32 Ziff. 2 Gemeindeordnung als Reglement:

	<b>I. Zweck und Grundsätze der städtischen Entsorgungspolitik</b>	<b>I. Allgemeine Bestimmungen</b>	
Zweck	Art. 1 <sup>1</sup> Die Stadt entsorgt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die in ihrem Gebiet anfallenden Abfälle. <sup>2</sup> Abfälle, die weder vermieden noch wiederverwertet werden können, sind gesetzeskonform zu beseitigen.	Art. 1 Dieses Reglement regelt die Abfallbewirtschaftung in der Stadt St.Gallen sowie die Organisation des unselbständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmens Kehrlichtheizkraftwerk.	Gegenstand
Öffentlichkeitsarbeit	Art. 2 Die Stadt berät und informiert über Bedeutung und Möglichkeiten der Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und umweltgerechten Beseitigung von Abfällen.	→ Art. 3.1i	
Förderungs-massnahmen	Art. 3 Die Stadt fördert im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen: a) die Verminderung und Vermeidung von Abfällen; b) die Wiederverwertung von Abfällen, wenn dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist und eine im Vergleich zur Beseitigung geringere Umweltbelastung darstellt.	→ Art. 3.1b	
Begriffe	Art. 4 Die Definitionen der verwendeten Begriffe finden sich im Anhang zu diesem Reglement.	Art. 2 In diesem Reglement bedeuten: a) <i>Siedlungsabfälle</i> sind die aus Haushalten stammenden Abfälle sowie andere Abfälle vergleichbarer Zusammensetzung. b) <i>Hauskehricht</i> sind brennbare Siedlungsabfälle, deren Einzelbestandteile nicht verwertet werden können. c) <i>Haushalt-Sperrgut</i> ist Hauskehricht, der wegen seiner Abmessungen oder wegen seines Gewichtes nicht in die zulässigen Gebinde passt. d) <i>Separatabfälle</i> sind Siedlungsabfälle, die ganz oder teilweise der Wiederverwertung, der Verwertung oder einer besonderen Behandlung zugeführt werden. e) <i>Industrieabfälle</i> oder <i>Betriebsabfälle</i> sind die aus Unternehmungen (Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe, Land- und Forstwirtschaft) stammenden Abfälle, welche hinsichtlich stofflicher Zusammensetzung weder Siedlungs- noch Sonderabfälle sind. f) <i>Sonderabfälle</i> sind Abfälle aus Unternehmungen und Haushalten, die durch das Bundesrecht als solche definiert sind.	Definitionen

	<b>II. Organisation und Betrieb der städtischen Abfallentsorgung</b>		
1. Sammlung durch die Stadt a) Grundsatz	Art. 5 Die Stadt sammelt folgende Siedlungsabfälle ein oder errichtet dafür Sammelstellen: a) Hauskehrricht; b) Industrie- und Gewerbekehrricht; c) Wertstoffe; d) brennbare Sperrgüter; e) Kleinmengen von Sonderabfällen; f) Problemabfälle.	Art. 3 <sup>1</sup> Die Stadt a) organisiert die Entsorgung der Siedlungsabfälle, b) fördert die dezentrale Kompostierung in Gärten, Siedlungen und Quartieren, c) betreibt ein Sammelstellennetz für Separatabfälle, d) betreibt ein Kehrlichtheizkraftwerk, e) betreibt eine Deponie, f) betreibt eine Kompostieranlage, g) betreibt eine Sammelstelle für die Entgegennahme von Sonder- und Giftabfällen aus Haushalt und Gewerbe, h) betreibt eine Tierkörpersammelstelle, i) informiert die Bevölkerung über Massnahmen der städtischen Abfallbewirtschaftung. <sup>2</sup> Die Stadt kann mit anderen Gemeinden, regionalen Organisationen, Körperschaften oder Privaten zusammenarbeiten, sofern sich daraus volkswirtschaftliche, ökonomische oder ökologische Vorteile ergeben. Der Stadtrat schliesst die nötigen Verträge ab.	Aufgaben der Stadt
		Art. 4 <sup>1</sup> Das Kehrlichtheizkraftwerk ist eine unselbstständige öffentlich-rechtliche Unternehmung der Stadt St.Gallen. <sup>2</sup> Es hat die Aufgabe, Abfälle aus seinem Einzugsgebiet, welche sich für die thermische Behandlung eignen, entgegenzunehmen und sie selber oder in Zusammenarbeit mit anderen Werken zu verwerten. Ist es nicht ausgelastet, so kann es im Gegenzug Abfälle aus anderen Gebieten entgegennehmen.	Kehrlichtheizkraftwerk
		<b>II. Verhaltensvorschriften</b>	
b) Haus-, Industrie- und Gewerbekehrricht	Art. 6 <sup>3</sup> Für die Bereitstellung von Haus-, Industrie- und Gewerbekehrricht zur Abfuhr sind ausschliesslich die gebührenpflichtigen Kehrlichsäcke der Stadt St.Gallen zu verwenden. <sup>4</sup> Für die Bereitstellung von Hauskehrricht verwendete Container dürfen nur mit gebührenpflichtigen Kehrlichsäcken gefüllt werden, vorbehalten bleibt Abs. 3. <sup>5</sup> Die Bereitstellung von Hauskehrricht in Containern, die nicht mit gebührenpflichtigen Säcken gefüllt werden sowie von Kehrlicht aus Industrie- und Gewerbebetrieben in Containern, bedarf einer Bewilligung der zuständigen Dienststelle.	Art. 6 <sup>1</sup> Hauskehrricht muss der von der Stadt organisierten Abfuhr bzw. Sammelstelle übergeben werden. Die zuständige Dienststelle entscheidet über Ausnahmen. <sup>2</sup> Separatabfälle sowie Sonderabfälle aus Haushalten sind getrennt zu sammeln und den dafür bezeichneten Sammelstellen oder Abfahren zu übergeben, wenn sie nicht über den Handel entsorgt werden können. Sie dürfen nicht mit anderen Abfällen vermischt werden. <sup>3</sup> Sonderabfälle aus Industrie- und Gewerbebetrieben sind durch die Inhaberin bzw. den Inhaber gemäss den Vorschriften von	Handhabung von Abfällen

c) Wertstoffe, Problem- und Sonderabfälle	<p>Art. 7</p> <p><sup>5</sup> Wertstoffe, Sonder- und Problemabfälle sind von den übrigen Siedlungsabfällen zu trennen und separat zu entsorgen.</p> <p><sup>6</sup> Kleinmengen von Sonderabfällen können bei bezeichneten Abgabestellen oder im Rahmen von Sammelaktionen abgegeben werden.</p>	<p>Bund und Kanton zu entsorgen.</p> <p><sup>4</sup> Industrie- und Betriebsabfälle sind durch die Inhaberin bzw. den Inhaber auf eigene Kosten zu entsorgen. Sie dürfen den öffentlichen Abfuhr und Sammlungen nur mit Bewilligung der zuständigen Dienststelle übergeben werden.</p>	
d) Brennbare Sperrgüter	<p>Art. 8</p> <p>Von der Kehrriechtabfuhr werden nur brennbare Sperrgüter entgegengenommen. Der Stadtrat legt die Maximalabmessungen und Gewichte fest.</p>		
2. Anlieferung durch den Inhaber	Art. 9	<p>→ Die in den alten Art. 9-16 enthaltene Materie ist heute weitgehend durch Bundesrecht geregelt</p>	
a) Grundsatz	<p>Die Stadt nimmt bei ihren Entsorgungsanlagen folgende Abfälle entgegen:</p> <p>a) Industrie- und Gewerbeabfälle;</p> <p>b) Bauabfälle;</p> <p>c) Grobsperrgut;</p> <p>d) Beschränkte Mengen von Sonderabfällen.</p>		
b) Industrie- und Gewerbeabfälle	<p>Art. 10</p> <p><sup>7</sup> Für die Entsorgung von Industrie- und Gewerbeabfällen ist der Verursacher selbst verantwortlich. Er kann zur direkten Entsorgung verpflichtet werden.</p> <p><sup>8</sup> Die Stadt kann nicht wiederverwertbare Abfälle zur Beseitigung entgegennehmen, sofern in ihren Entsorgungsanlagen genügend Kapazität vorhanden ist oder durch den Einbezug von Anlagen Dritter geschaffen werden kann. Die Annahme kann mengenmässig eingeschränkt oder verweigert werden.</p>		
c) Bauabfälle	<p>Art. 11</p> <p><sup>1</sup> Bauabfälle sind durch geeignete Massnahmen soweit als möglich zu vermeiden oder direkt auf der Baustelle wiederzuverwerten. Soweit betrieblich möglich, sind die Abfälle auf der Baustelle zu trennen.</p> <p><sup>2</sup> Die Annahme wiederverwertbarer Bauabfälle kann auf den Entsorgungsanlagen verweigert werden.</p> <p><sup>3</sup> Entsprechende Auflagen können in der Baubewilligung gemacht werden.</p>		
d) Grobsperrgüter	<p>Art. 12</p> <p>Bei Entsorgungsanlagen zugelassene Grobsperrgüter, die den Anforderungen von Art. 8 nicht genügen, sind durch den Inhaber anzuliefern.</p>		
e) Sonderabfälle	<p>Art. 13</p> <p>Grössere Mengen Sonderabfälle sind durch den Inhaber direkt zu entsorgen.</p>		

f) Voraussetzungen der Anlieferung	<p>Art. 14</p> <p><sup>1</sup> Die bei städtischen Entsorgungsanlagen zugelassenen Abfälle können direkt in die entsprechende Anlage geliefert werden.</p> <p><sup>2</sup> Die Anlieferung durch öffentlich-rechtliche Körperschaften, welche die Abfallentsorgung mit der Stadt vertraglich vereinbart haben, richtet sich nach dieser Vereinbarung.</p> <p><sup>3</sup> Die zuständige Dienststelle kann:</p> <p>a) die Verwendung geschlossener Behältnisse wie Presscontainer bewilligungspflichtig erklären;</p> <p>b) die vorgängige Deklaration der Anlieferungen verlangen;</p> <p>c) in besonderen Fällen eine Zuweisung an Anlagen Dritter verfügen.</p>		
3. Andere Abfälle	Art. 15		
a) Abfälle, die nicht entgegen genommen werden	Wertstoffe aus Industrie- und Gewerbebetrieben werden nicht entgegengenommen. Wiederverwertbare oder neuwertige, noch verwendbare oder absichtlich unbrauchbar gemachte Materialien oder Produkte können zurückgewiesen werden.		
b) Organische Abfälle	Art. 16 Organische Abfälle sind nach Möglichkeit zu kompostieren, wofür in erster Linie die private Kompostierung gefördert wird. Der Stadtrat kann weitergehende Massnahmen beschliessen.		
4. Behandlung der Abfälle	Art. 17	→ Art. 3.1d+e, Art. 3.2 und Art. 4	
a) Grundsatz	<p><sup>1</sup> Zur Entsorgung von gesammelten und angelieferten Abfällen betreibt oder beteiligt sich die Stadt an Entsorgungsanlagen, wenn die übergeordnete Gesetzgebung dies verlangt oder die Art der Abfälle dies gebietet und soweit private Betreiber diese Aufgaben nicht erfüllen.</p> <p><sup>2</sup> Die Stadt betreibt :</p> <p>a) die Kehrichtverbrennungsanlage Au-Bruggen als unselbständiges öffentlich-rechtliches Unternehmen;</p> <p>b) die Deponie Tüfentobel.</p>		
b) Betrieb	Art. 18 <p><sup>1</sup> Der Betrieb der Anlagen und die Annahme der Abfälle richten sich nach übergeordnetem Recht, der Betriebsbewilligung und dem Abfallreglement.</p> <p><sup>2</sup> Anlieferungen, die nicht aus dem für die Anlagen festgelegten Einzugsgebiet stammen, werden - besondere Bewilligungen durch die zuständige Dienststelle vorbehalten - nicht angenommen.</p>		
5. Weitere Bestimmungen	Art. 19	→ Heute durch Bundesrecht geregelt	
a) Bereitstellung und Verfügungs-	<p><sup>1</sup> Nicht vorschriftsgemäss bereitgestellte oder angelieferte Abfälle werden weder abgeführt noch entgegengenommen. Derartige Abfälle können zur Feststellung des Verursachers untersucht und</p>		

recht	auf dessen Kosten entsorgt werden. <sup>2</sup> Die Stadt kann über angelieferte oder für Sammlungen bereitgestellte Abfälle verfügen, sie analysieren, wiederverwerten, beseitigen oder auch anderweitig verwenden.		
b) Benutzung von öffentlichem Grund	Art. 20 Den Benutzern von öffentlichem Grund, insbesondere den Veranstaltern von Anlässen, können bei der Erteilung der Bewilligung Auflagen zur Verminderung, Verwertung und rechten Beseitigung von Abfällen gemacht werden.	Art. 10 <sup>1</sup> Bei der Erteilung von Bewilligungen zur Benutzung öffentlichen Grundes können Auflagen zur Verminderung, Verwertung und umweltgerechten Beseitigung von Abfällen gemacht werden. <sup>2</sup> Wer Ess- und Trinkwaren verkauft, die zum sofortigen Verzehr auf öffentlichem Grund bestimmt sind, ist verpflichtet, bei der Verkaufsstelle genügend geeignete Abfallbehälter aufzustellen und diese so oft wie nötig zu entleeren. Der Stadtrat kann Betrieben mit grösserem Verunreinigungspotenzial zusätzliche Reinigungsaufgaben machen.	Sauberhaltung des öffentlichen Grundes
c) Haftung	Art. 21 Das Verfügungsrecht der Stadt über angelieferte oder bereitgestellte Abfälle entbindet den Verursacher nicht von seiner Haftung, sollte er diese nicht richtig deklariert, deren Zusammensetzung verheimlicht oder unerlaubterweise für die Sammlungen bereitgestellt haben.	→ Heute durch Bundesrecht geregelt	
		Art. 7 <sup>1</sup> Die zuständige Dienststelle kann für Einzugsbereiche von mehreren Wohneinheiten die Bereitstellung des Hauskehrichts in Unterflurbehältern vorschreiben. Sie legt den Standort in pflichtgemässen Ermessen fest. Die Finanzierung erfolgt zulasten der Spezialfinanzierung „Entsorgung von Siedlungsabfällen“. <sup>2</sup> Soweit die örtlichen Verhältnisse es zulassen, soll die zurückzulegende Gehdistanz in der Regel 150 m nicht überschreiten.	Unterflurbehälter
		Art. 8 Das Wegwerfen oder Zurücklassen von Abfall im Freien ist verboten	Litteringverbot
		Art. 9 Öffentliche Abfallkübel dienen der Aufnahme geringer Mengen von Kleinabfällen. Sie dürfen nicht für die Abgabe darüber hinausgehender Mengen von Abfällen (z.B. gesammelte Siedlungsabfälle) oder für die Entsorgung sperriger Gegenstände verwendet werden.	Öffentliche Abfallkübel
	<b>III. Finanzierung</b>	<b>III. Finanzierung</b>	
1. Allgemeines a) Grundsatz	Art. 22 <sup>1</sup> Die Finanzierung der städtischen Aufwendungen für die Abfallentsorgung erfolgt gesamthaft mittels kostendeckenden und möglichst verursachergerechten Gebühren, die für die einzelnen Abfallarten entsprechend dem Entsorgungsaufwand festgelegt	Art. 14 Die Gebühren für die Entsorgung von Siedlungsabfällen sind so zu bemessen, dass sie gesamthaft die Kosten der Entsorgung der Siedlungsabfälle und die weiteren Aufwendungen der städtischen Abfallbewirtschaftung decken, einschliesslich Verzinsung und Ab-	Gebührenbemessung

	werden. <sup>2</sup> Bei der Festsetzung der Gebühren sind allfällige Erträge zu berücksichtigen.	Schreibung des Verwaltungsvermögens.	
b) Spezialfinanzierungen	Art. 23 <sup>1</sup> Die Aufwendungen der Stadt für die Abfallentsorgung und die entsprechenden Erträge werden wie folgt ausgewiesen: a) in der Spezialfinanzierung „Entsorgung von Siedlungsabfällen“; b) in der Rechnung des unselbständigen Unternehmens „Kehrichtverbrennungsanlage“; c) in der Spezialfinanzierung „Deponie“. <sup>2</sup> Die Erträge sollen die Aufwendungen mittel- bis langfristig decken.	Art. 11 Für die Abfallbewirtschaftung werden zwei Spezialfinanzierungen geführt: a) die Spezialfinanzierung „Deponie“ für die Kosten und Erträge der Deponie Tüfentobel, b) die Spezialfinanzierung „Entsorgung von Siedlungsabfällen“ für die Kosten und Erträge der Entsorgung von Siedlungsabfällen, der dezentralen Kompostierung und der Information der Bevölkerung.	Spezialfinanzierungen
c) Gebührenfestsetzung	Art. 24 <sup>1</sup> Der Stadtrat legt die Gebühren für die Abfallentsorgung und die Benutzung der Entsorgungsanlagen fest. <sup>2</sup> Er kann bei einzelnen Abfällen im Interesse einer umweltgerechten Beseitigung oder Wiederverwertung auf die Gebührenerhebung ganz oder teilweise verzichten und die Kosten auf die übrigen Gebühren verteilen.	→ Art. 21	
d) Abweichung von den Gebührentarifen	Art. 24bis Der Stadtrat ist berechtigt, mit grossen Direktanlieferern von Industrie- und Gewerbeabfällen bzw. mit Anlieferern grosser Mengen von deponiefähigen Abfällen von diesem Reglement und seinen Ausführungsvorschriften und Tarifen abweichende Bedingungen zu vereinbaren, soweit sich dies aufgrund der betrieblichen oder betriebswirtschaftlichen Bedürfnisse der städtischen Entsorgungsanlagen, der Konkurrenzsituation oder ökologischer Vorteile rechtfertigt sowie unter der Voraussetzung, dass für die Entsorgungsanlagen ein Gegennutzen entsteht und neben den variablen auch ein angemessener Teil der fixen Kosten gedeckt ist. Der Stadtrat kann diese Kompetenz innerhalb eines bestimmten Rahmens an das Entsorgungsamt übertragen.	Art. 5 <sup>1</sup> Der Stadtrat kann mit öffentlich-rechtlichem Vertrag individuelle, von diesem Reglement sowie seinen Vollzugsreglementen und Tarifen abweichende Konditionen vereinbaren, sofern folgende Voraussetzungen gegeben sind: a) der Vertragspartner bzw. die Vertragspartnerin liefert regelmässig grosse Mengen von Industrie- und Gewerbeabfällen oder von deponiefähigen Abfällen direkt an, b) der Vertragsschluss rechtfertigt sich sachlich aufgrund der betrieblichen oder betriebswirtschaftlichen Bedürfnisse der städtischen Entsorgungsanlagen, der Konkurrenzsituation oder ökologischer Vorteile, c) für die Entsorgungsanlagen ergibt sich ein Gegennutzen, d) neben den variablen ist auch ein angemessener Teil der fixen Kosten gedeckt. <sup>2</sup> Der Stadtrat kann diese Kompetenz innerhalb eines bestimmten Rahmens an die zuständige Dienststelle übertragen.	Abweichende Konditionen

2. Entsorgung von Siedlungsabfällen a) Grundsatz	<p>Art. 25</p> <p><sup>1</sup> Zur Finanzierung der Aufwendungen der Spezialfinanzierung „Entsorgung von Siedlungsabfällen“ werden mengenabhängige Gebühren und eine Grundgebühr erhoben.</p> <p><sup>2</sup> Die mengenabhängige Abfallsack- und Containergebühr deckt mindestens die Sammel-, Transport- und die Verbrennungskosten für den gemischten Siedlungsabfall. Die Kosten für die Entsorgung von Sperrgütern und Problemabfällen werden mit entsprechenden mengenabhängigen Gebühren finanziert.</p> <p><sup>3</sup> Die restlichen Kosten der Abfallentsorgung wie die Aufwendungen für Separatsammlungen, Abfallberatungsdienstleistungen, Kompostierung, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung sind durch die Grundgebühr zu decken.</p> <p><sup>4</sup> Die Einnahmen aus der Grundgebühr dürfen dabei einen Viertel der durchschnittlichen Aufwendungen der Spezialfinanzierung „Entsorgung von Siedlungsabfällen“ der zurückliegenden zwei Rechnungsjahre nicht übersteigen.</p>	<p>Art. 12</p> <p><sup>1</sup> Zur Deckung der Kosten für die Entsorgung des Hauskehrichts wird eine volumenabhängige Gebühr oder eine gewichtsabhängige Gebühr erhoben.</p> <p><sup>2</sup> Von der Kundschaft der Sankt Galler Stadtwerke wird pro installiertem Stromzähler eine Grundgebühr erhoben. Sie deckt die weiteren Aufwendungen der Entsorgung von Siedlungsabfällen, insbesondere die Kosten für Separatsammlungen, Information, Beratung und Administration.</p>	<p>Siedlungsabfälle</p> <p>a) Allgemeines</p>
b) Sack- und Containergebühren	<p>Art. 26</p> <p><sup>1</sup> Die Sack- und Containergebühren bemessen sich nach Art und Grösse der für die Abfuhr zugelassenen Behältnisse.<sup>1</sup></p> <p><sup>2</sup> Der Stadtrat bestimmt:</p> <p>a) Grössen, Beschaffung und Vertrieb der Kehrachtsäcke;</p> <p>a<sup>bis</sup>) Grössen der Container;<sup>1</sup></p> <p>b) gebührenfrei abzuführende Abfälle, die entweder der Wiederverwertung zugeführt oder auf andere Art und Weise umweltfreundlich entsorgt werden können;</p> <p>c) gesamthaft oder pro Verursacher geltende Mengenbeschränkungen der gebührenfrei abzuführenden Abfälle.</p>		
c) Sperrgutgebühren	<p>Art. 27</p> <p>Die Sperrgutgebühren bemessen sich nach der Grösse der Sperrgüter.</p>		
d) Gebühren für Problemabfälle	<p>Art. 28</p> <p>Für die Entsorgung von Problemabfällen gemäss Art. 7 legt der Stadtrat die Gebühren nach dem Entsorgungsaufwand fest.</p>		
e) Grundgebühren	<p>Art. 28bis</p> <p>Die Grundgebühr wird pro Haushalt und Gewerbebetrieb auf der Basis der installierten Stromzähler erhoben. Auf Leerwohnungen und leeren Lokalen wird auf die Erhebung einer Grundgebühr verzichtet.</p>		
		<p>Art. 13</p> <p><sup>1</sup> Wird eine gewichtsabhängige Gebühr erhoben, so besteht diese aus einer Komponente, die sich nach dem Gewicht des Abfalls bemisst und einer Komponente pro Containerleerung (Andockge-</p>	<p>b) Gewichtsabhängige Gebühr</p>

		<p>bühr).</p> <p><sup>2</sup> Gebührenpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Rechnungsstellung das Eigentum am Container innehat.</p> <p><sup>3</sup> Bei mehr als einer nutzenden Person ist die Weiterverrechnung an die Inhaberinnen und Inhaber der Abfälle technisch und organisatorisch so zu wählen, dass ein Bezug zur tatsächlich produzierten Menge besteht.</p>	
<p>3. Kehrichtverbrennungsanlage</p> <p>a) Grundsatz</p>	<p>Art. 29</p> <p><sup>1</sup> Von den öffentlichen und privaten Anlieferern werden folgende Gebühren erhoben:</p> <p>a) Annahmegebühren für Direktanlieferer;</p> <p>b) Verarbeitungsgebühren.</p> <p><sup>2</sup> Die Verarbeitungsgebühren werden nach Gewicht oder Anzahl und Art des angelieferten Abfalls festgelegt.</p>	<p>Art. 15</p> <p><sup>3</sup> Wer dem Kehrichtheizkraftwerk Abfälle anliefert, entrichtet eine Annahmegebühr sowie eine Verarbeitungsgebühr, die sich nach Gewicht oder Anzahl und Art des angelieferten Abfalls bemisst.</p> <p><sup>4</sup> Diese Gebühren decken die gesamten Aufwendungen des Kehrichtheizkraftwerks einschliesslich Entsorgungskosten für die Reststoffe, Rückstellungen für die Erneuerung des Werks und Folgekosten der Demontage nach Betriebsaufgabe.</p>	Kehricht- heizkraftwerk
b) Gebührenbemessung	<p>Art. 30</p> <p>Die Aufwendungen der Kehrichtverbrennungsanlage umfassen insbesondere:</p> <p>a) Planungs-, Betriebs- und Kapitalkosten;</p> <p>b) Entsorgungskosten für die Reststoffe;</p> <p>c) Folgekosten der Demontage nach Betriebsaufgabe.</p>		
<p>4. Deponie</p> <p>a) Grundsatz</p>	<p>Art. 31</p> <p><sup>1</sup> Von den öffentlichen und privaten Anlieferern werden folgende Gebühren erhoben:</p> <p>a) Annahmegebühren für Direktanlieferer;</p> <p>b) Deponiegebühren.</p> <p><sup>2</sup> Die Deponiegebühren werden nach Volumen oder Gewicht und Art des angelieferten Abfalls festgelegt.</p>	<p>Art. 16</p> <p><sup>1</sup> Wer der Deponie Tüfentobel Abfälle anliefert, entrichtet eine Verarbeitungsgebühr, die sich nach Gewicht oder Anzahl und Art des angelieferten Abfalls bemisst.</p> <p><sup>2</sup> Diese Gebühr deckt die gesamten Aufwendungen der Deponie einschliesslich Investitionen nach ihrer Stilllegung, Nachsorge sowie eine angemessene fixe Ablieferung an den allgemeinen Haushalt.</p>	Deponie
b) Gebührenbemessung	<p>Art. 32</p> <p>Die Aufwendungen für Deponien umfassen insbesondere:</p> <p>a) Planungs-, Betriebs- und Kapitalkosten;</p> <p>b) Investitionen nach Stilllegung der Deponie (Ende der Ablagerungen);</p> <p>c) Folge- sowie Risikokosten für potentielle Umweltschäden.</p>		

5. Gebühren- erhebung	<p>Art. 33 Die Gebühren werden wie folgt erhoben:</p> <p>a) Der Kaufpreis der gebührenpflichtigen Kehrriechtsäcke schliesst die Gebühren ein.</p> <p>b) Für Container, die nicht mit gebührenpflichtigen Kehrriechtsäcken gefüllt sind, werden die Gebühren pro Leerung erhoben.</p> <p>c) Sperrgüter und Problemabfälle sind mit der entsprechenden Gebührenmarke zu versehen.</p> <p>c<sup>bis</sup>) Die Grundgebühr wird durch die St.Galler Stadtwerke nach den Bestimmungen über die Messung und Rechnungsstellung des Strombezugs in Rechnung gestellt.</p> <p>d) Bei der Kehrriechtverbrennungsanlage und der Deponie erfolgt in der Regel monatliche Rechnungsstellung. Es ist immer der Anlieferer gebührenpflichtig, besondere Vereinbarungen bleiben vorbehalten.</p>	→ <i>Durch Vollzugspraxis zu regeln</i>	
		<p>Art. 17 Die Entsorgung illegal deponierter Abfälle, deren Inhaber oder Inhaberin nicht ermittelt werden kann, wird durch den Allgemeinen Haushalt finanziert.</p>	Illegal deponierte Abfälle
		<p>Art. 18 <sup>1</sup> Werden Forderungen der Stadt, die sich auf dieses Reglement stützen, bis zum Ablauf der Zahlungsfrist nicht bezahlt, so können Verzugszinsen und Mahngebühren erhoben werden. <sup>2</sup> Nach erfolgloser Mahnung und vorheriger Androhung können angemessene unverzinsliche Vorauszahlungen oder Garantieleistungen eingefordert werden.</p>	Säumnis
		<p>Art. 19 Forderungen gegen die Stadt können nicht mit Forderungen, die sich auf dieses Reglement stützen, verrechnet werden.</p>	Ausschluss der Verrechnung
		<p>Art. 20 Für die Verjährung der in diesem Reglement vorgesehenen Abgaben gelten sinngemäss die Bestimmungen und Verjährungsfristen des kantonalen Steuerrechts.</p>	Verjährung
	<b>IV. Schlussbestimmungen</b>	<b>IV. Schlussbestimmungen</b>	
Ausführungs- bestimmungen	<p>Art. 34 <sup>1</sup> Der Stadtrat erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen, insbesondere über:</p> <p>a) die Organisation des Sammeldienstes;</p> <p>b) die Art und Weise der Bereitstellung, wie die zulässigen Behältnisse;</p> <p>c) die Bezeichnung der Wertstoffe und der Problemabfälle;</p> <p>d) Betrieb und Organisation der städtischen Entsorgungsanla-</p>	<p>Art. 22 Der Stadtrat erlässt einen Gebührentarif sowie Ausführungsbestimmungen, insbesondere über</p> <p>a) die Organisation der Abfallbewirtschaftung,</p> <p>b) Ausnahmen von der Erhebung der Grundgebühr bei Stromzählern, die nicht im Zusammenhang mit einer Wohnung oder einem Betrieb stehen, die Abfall verursachen.</p>	Vollzugsbestimmun- gen

	<p>gen;</p> <p>e) Erhebung der Gebühren.</p> <p><sup>2</sup> Er kann die zuständige Dienststelle zum Erlass technischer Richtlinien über die zugelassenen Behältnisse, Ausstattung der Sammelstellen und dgl. ermächtigen.</p>		
Übertretungen	<p>Art. 35</p> <p><sup>3</sup> Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Reglementes oder der gestützt darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen werden mit Busse bis zu Fr. 5'000.- bestraft; Fahrlässige Zuwiderhandlungen mit Busse bis Fr. 2'000.-.</p> <p><sup>4</sup> Insbesondere ist strafbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- wer Sperrgüter ohne Gebührenmarke oder Abfälle in nicht zugelassenen Behältnissen zur Abfuhr bereitstellt;</li> <li>- wer Abfälle wild deponiert;</li> <li>- wer zur Abfuhr bereitgestellte oder auf Sammelstellen abgegebene Abfälle durchsucht oder entwendet;</li> <li>- wer öffentliche Entsorgungseinrichtungen missbräuchlich benutzt, beschädigt, durchsucht oder verunreinigt.</li> </ul>	<p>Art. 21</p> <p><sup>1</sup> Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) gegen Vorschriften betreffend die Handhabung von Abfällen verstösst (Art. 6),</li> <li>c) öffentliche Abfallkübel für die Entsorgung nicht dafür zugelassener Abfälle verwendet (Art. 8),</li> <li>d) gegen Vorschriften und Auflagen zur Sauberhaltung des öffentlichen Grundes verstösst (Art. 9),</li> <li>e) bewirkt, dass eine Veranlagung von Gebühren zu Unrecht unterbleibt oder dass eine rechtskräftige Veranlagung unkorrekt ist.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Bundesrechtliche Strafbestimmungen bleiben vorbehalten.</p>	Strafbestimmungen
Aufhebung bisherigen Rechts	<p>Art. 36</p> <p>...</p>	<p>Art. 23</p> <p>Das Reglement über die Abfallentsorgung und deren Finanzierung (Abfallreglement) vom 31. August 1993 wird aufgehoben.</p>	Aufhebung bisherigen Rechts
Referendum	<p>Art. 37</p> <p>Dieses Reglement untersteht dem fakultativen Referendum.</p>	<p>Art. 24</p> <p>Dieses Reglement untersteht dem fakultativen Referendum. Es bedarf der Genehmigung des zuständigen kantonalen Departements.</p>	Referendum und Genehmigung
Genehmigung und Inkrafttreten	<p>Art. 38</p> <p><sup>3</sup> Dieses Reglement bedarf der Genehmigung des zuständigen kantonalen Departementes.</p> <p><sup>4</sup> Der Stadtrat bestimmt den Vollzugsbeginn.</p>	<p>Art. 25</p> <p>Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten.</p>	Inkrafttreten

## **Anhang: Definitionen (gemäss dem geltenden Reglement)**

### **Bauabfälle**

Bauabfälle sind alle Abfälle, die auf einer Baustelle anfallen.

### **Direktanlieferer**

Inhaber von Abfällen, die diese direkt bei einer Entsorgungsanlage anliefern, werden als Direktanlieferer bezeichnet.

### **Entsorgung**

Als Entsorgung gilt jede Behandlung von Abfällen, die der Sammlung, dem Transport, dem Umschlag, der Lagerung und Ablagerung, der Wiederverwendung, der Aufbereitung, der Verwertung oder der Beseitigung (Verbrennung, Deponierung) dient.

### **Hauskehricht**

Hauskehricht sind die im Haushalt anfallenden Abfälle mit Ausnahme der separat zu sammelnden und der kompostierbaren Abfälle.

### **Industrie- und Gewerbeabfälle**

Abfälle aus Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, die in ihrer Zusammensetzung nicht dem Hauskehricht entsprechen (z.B. Produktions- und Verpackungsabfälle), werden als Industrie- und Gewerbeabfälle bezeichnet.

### **Kehricht aus Industrie- und Gewerbebetrieben**

Abfälle aus Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, die in ihrer Zusammensetzung dem Hauskehricht entsprechen, werden als Industrie- und Gewerbekehricht bezeichnet.

### **Problemabfälle**

Bestimmte Abfälle, wie Pneus, Elektronikschrott, Kühlschränke etc., können als Problemabfälle bezeichnet werden, wenn deren Entsorgung für die Stadt Aufwendungen verursacht, die nicht mehr durch die ordentlichen Gebühren gedeckt werden können.

### **Siedlungsabfälle**

Siedlungsabfälle bestehen aus Haus-, Industrie- und Gewerbekehricht, Sperrgut und aus Abfällen der Separatsammlungen (z.B. Wertstoffe und Sonderabfälle).

### **Sonderabfälle**

Sonderabfälle sind die in der Verordnung über den Verkehr mit Sonderabfällen (VVS; SR 814.014) aufgeführten Abfälle.

### **Sperrgut**

Hauskehricht, der wegen seiner Abmessungen oder seines Gewichtes nicht in die für die Abfuhr zulässigen Behältnisse passt, wird als Sperrgut bezeichnet.

### **Wertstoffe**

Als Wertstoffe werden Abfälle bezeichnet, die als Ganzes oder teilweise einer Wiederverwertung, Aufbereitung oder Verwertung zugeführt werden können (z.B. organische Abfälle, Papier, Glas etc.).